

# Plötzlich kämpfen die Linken fürs Opernhaus

Irritation in der Budgetdebatte des Kantonsrats: Rund um den teuren Zürcher Kulturtempel kam es zu einer ungewohnten Diskussion.



In den 80er-Jahren war das noch das Feindbild der Linken: Vorbereitungen für eine Aufführung im Opernhaus. Bild: Christian Beutler/Keystone

Eine Budgetdebatte ist für Laien so spannend wie ein dreitägiger Cricketmatch in England. Zehn Stunden, verteilt über drei Tage, stimmt der Rat über 200 Budgetanträge ab, die bereits von der Regierung nach Kürzungen durchkämmt und von den Fachkommissionen ausgiebig vorgekaut wurden.

Bilanz nach dem ersten Tag: Der Rat hat das Budget des Regierungsrats weiter verbessert. Dabei kam die neue Justizdirektorin Jacqueline Fehr (SP) mehrfach zur Kasse, obschon sie bestens vorbereitet war und schon sehr sattelfest ist. SP-Kollege Mario Fehr dagegen konnte seine Polizei und das Sozialwesen unbeschadet durchs Streichkonzert steuern. Heute Dienstag werden ab 16.30 Uhr die Budgets der fünf anderen Direktionen behandelt. Die wichtigsten Entscheide vom Montag:

**Opernhaus:** Der Kostenbeitrag von 81.5 Millionen wurde mit 116 bürgerliche gegen 50 linke Stimmen um 1.65 Millionen gekürzt. Moritz Spillmann (SP, Ottenbach), als Präsident der Kommission für Bildung und Kultur sagte: «In der Oper darf nicht der blaue Himmel leuchten, wenn es in den Schulen und Spitälern regnet.» Auch das Opernhaus als teuerste Zürcher Kulturinstitution müsse einen Beitrag zu den allgemeinen Sparbemühungen leisten. Sonst wurde der Kürzungsantrag vor allem von der rechten Seite unterstützt.

**Esther Meier (SP, Zollikon)** konterte: «Das Opernhaus ist nicht mehr ein elitärer Kulturtempel, sondern ein wichtiger Faktor des Zürcher Standortmarketings.» Kulturministerin Jacqueline Fehr sprach von einer verkehrten Welt: «In den 80er-Jahren knöpften sich die Linken die Oper vor, heute ist es umgekehrt.» Zu den Opernhauskrawallen war 1980 gekommen, nachdem der Zürcher Stadtrat 60 Millionen Franken für die Renovation des Opernhauses genehmigt, gleichzeitig aber die Forderungen nach einem autonomen Jugendzentrum abgelehnt hatte.

**Lohn Staatspersonal:** Die Regierung wollte 0.6 Prozent der Lohnsumme für individuelle Gehaltserhöhungen einsetzen, was SP, Grüne, EVP und AL guthiessen. Doch die bürgerliche Mehrheit kürzte auf 0.4 Prozent. Während Finanzdirektor

Ernst Stocker (SVP) um die Motivation der guten Kantonsangestellten fürchtete, fand die SVP: «Der Kanton ist auch so ein attraktiver Arbeitgeber.» Mit etwa 110 gegen 60 Stimmen – wie erste Abstimmungen zeigten – wird der Rat in vielen Einzelabstimmungen beim Personal rund 19 Millionen Franken sparen.

**IT-Projekte der Justizdirektion:** 192'000 Franken oder 1,6 Arbeitsstellen kürzte der Kantonsrat bei Jacqueline Fehrs (SP) Generalsekretariat. Die Linke samt EVP und GLP warnte, man müsse die IT-Leistungen extern und teurer beziehen. Die Rechte fand: Die Projekte müssen ohne Aufstockung umgesetzt werden. Abgelehnt wurde dagegen ein Antrag von FDP und SVP, die 7,5 Millionen Franken für die Erneuerung der alten PCs auf der Justizdirektion auf drei Jahre zu verteilen. Fehr argumentierte, dadurch würde die Ersatzbeschaffung ein Drittel mehr kosten und die Kompatibilität der einzelnen PCs im Netzwerk der Direktion wäre gefährdet.

**Jugendstrafrechtspflege:** Mit 95:73 hat der Rat 2 Millionen gekürzt. Dabei spielte der Fall Carlos noch immer eine Rolle. Gespart werden soll vor allem bei Sondersettings, ambulanten Therapien und Wohnangeboten. «Carlos war nur die Spitze des Eisberges», sagte René Isler (SVP, Winterthur). Markus Schaaf (EVP, Zell) konterte: «Jugendliche Straftäter richten sich nicht nach dem Budget.» Justizdirektorin Jacqueline Fehr bezeichnete den Umgang mit jugendlichen Intensivtätern als «eine der grössten Herausforderungen». Budgetvorgaben würden wenig nützen – «die Jugendanwaltschaft tut, was sie tun muss».

**Gefängnispsychiatrie:** Allein war die SVP mit einem 4,5-Millionen-Sparantrag bei den psychiatrischen und psychologischen Behandlungen. «Das ist keine Gschpürschmi-Wellness», sagte Isabel Bartal (SP, Zürich). Wenn es um Suizide gehe, dürfe man die Kosten nicht «optimieren». Jacqueline Fehr sagte, Zürcher Gefängnisinsassen hätten die tiefste Rückfallquote Europas; diesen Erfolg dürfe man nicht «mutwillig niederreißen».

**Strassenverkehrsamt:** Mit 110:54 abgelehnt wurde ein Antrag von René Isler (SVP, Winterthur), der die «gewerbefeindlichen» und von der EU diktierten Prüfungsintervalle für Lastwagen verlängern und dem Kanton Mindereinnahmen von 2 Millionen bescheren wollte.

**Skos-Richtlinien:** Nach einer parlamentarischen Initiative versuchte es die SVP auch im Budget: Die Streichung der Sozialhilfe für vorläufig Aufgenommene, was das Budget um 5 Millionen Franken entlastet hätte. Der Rat lehnte mit 117:49 ab. Sicherheitsdirektor Mario Fehr argumentierte: «Wir müssen geltendes Recht umsetzen.» (Tagesanzeiger.ch/Newsnet)

(Erstellt: 08.12.2015, 07:27 Uhr)